

Rohstoffklemme zeichnet sich ab



Unternehmens-
barometer

Mit der Auswertung **ROHSTOFFKLEMMER ZEICHNET SICH AB** präsentiert der DIHK die Ergebnisse einer Online-Befragung des unternehmerischen Ehrenamtes der IHK-Organisation.

Grundlage der Auswertung sind rund 1.100 Unternehmensantworten. Die Antworten verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (35 Prozent) und Bauwirtschaft (4 Prozent), den Handel (20 Prozent) und die Dienstleistungen (41 Prozent).

In regionaler Hinsicht kommen die Antworten aus dem Norden (17 Prozent), dem Westen (30 Prozent), dem Osten (16 Prozent) und dem Süden (37 Prozent). Dabei werden dem Norden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Die aktuelle Umfrage fand vom 5. bis 12. November 2010 statt.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK) – Berlin 2010

Ist in dieser Auswertung von Mitarbeitern u. Ä. die Rede, sind selbstverständlich auch Mitarbeiterinnen gemeint. Die Verwendung nur einer Geschlechtsform wurde wegen der besseren Lesbarkeit gewählt und ist nicht benachteiligend gemeint.

Copyright Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber © Deutscher Industrie- und Handelskammertag | Berlin | Brüssel

ISSN1863-883X

DIHK Berlin:

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

DIHK Brüssel:

Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon ++32-2-286 1611 | Telefax ++32-2-286 1605

Internet: www.ihk.de

Durchführung DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.
Dr. Axel Nitschke (verantwortlich)
Jan Kuper (Projektleitung und Redaktion)

Dr. Susanne Lechner (Text)

Dr. Volker Treier (Text)

Außerdem beteiligt war der Bereich Europa, Umwelt, Energie, Verbraucherpolitik

Stand November 2010

Rohstoffklemme zeichnet sich ab – mehr handelspolitische Absicherung und FuE nötig!

Die wesentlichen Ergebnisse in Kurzform:

- Die Schwierigkeiten bei der Rohstoffversorgung spitzen sich für die Unternehmen zu. Der Industrie bereiten die steigenden Preise nahezu flächendeckend Probleme (91 Prozent). Für mehr als jedes zweite Industrieunternehmen ist sogar die Rohstoffverfügbarkeit selbst nicht mehr ohne Weiteres gegeben. Der Ressourcen hunger schnell wachsender Schwellenländer, schlechte Ernten bei regenerativen Rohstoffen und Angebotsverknappungen durch Länder mit Ressourcen-Vorkommen treiben die Rohstoffpreise nach oben: Eine Rohstoffklemme wird von der Wirtschaft befürchtet.
- Langfristige Bezugsverträge werden seltener: Rohstoffanbieter bemühen sich derzeit, Verträge nicht mehr über Jahre hinweg, sondern angesichts der Preissprünge für kürzere Zeiträume abzuschließen – zulasten der Planungssicherheit von Unternehmen. 55 Prozent der Industrieunternehmen berichten bereits über mehr Probleme bei der Vertragssicherheit.
- Das Rohstoffproblem erzeugt einen hohen Handlungsdruck in der deutschen Wirtschaft. Insbesondere die Industrieunternehmen setzen alle Hebel in Bewegung, um ihre Rohstoffversorgung abzusichern. Neun von zehn Industrieunternehmen suchen bereits nach neuen Lieferanten, die ihnen die Rohstoffe in ausreichender Menge und zu vernünftigen Preisen zur Verfügung stellen können.
- Betriebsintern nehmen über 70 Prozent der Industrieunternehmen ihr Ressourcenmanagement unter die Lupe und suchen nach Ressourceneffizienz – und zwar von der Beschaffung bis zum Absatz. Die Hälfte der Industriebetriebe will verstärkt Forschung und Entwicklung betreiben, um den Ressourceneinsatz im Unternehmen zu verbessern. Außerdem suchen fast 40 Prozent der Industrieunternehmen gegenwärtig nach Substituten für ihre Rohstoffe.
- Die Unternehmen brauchen von politischer Seite flankierende Maßnahmen in der Rohstoffpolitik. Die Politik sollte sich dabei hauptsächlich auf zwei Felder konzentrieren: die handelspolitische Absicherung des Rohstoffbezugs sowie die Unterstützung von Forschung und Entwicklung im Rohstoffbereich. Beide Bereiche sieht die Gesamtwirtschaft als prioritär an. Aus Sicht der deutschen Wirtschaft sind europäische und internationale Rohstoffabkommen mit transparenten Regelungen für die Export- und Importländer von Rohstoffen unabdingbar. Auch sehen die Unternehmen in „mehr Förderung von Forschung und Entwicklung“ ein probates Mittel seitens der Politik, um perspektivisch mit dem Problem steigender Rohstoffpreise umgehen zu können. Mehr FuE-Förderung kann dabei z. B. der Ausbau der Grundlagenforschung an Universitäten und Forschungseinrichtungen sein, oder aber die verstärkte Unterstützung von Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sowie von Unternehmen untereinander.
- Schärfere gesetzliche Regelungen, die in die Produktion, Produkte und Märkte eingreifen, sehen die Unternehmen im Durchschnitt äußerst kritisch. Dies belegen die skeptischen Umfragewerte zu den Maßnahmen „Verschärfung der gesetzlichen Recyclingquoten“ sowie „Gesetzliche Kennzeichnungspflicht des Rohstoff- und Energieeinsatzes“ deutlich. In der Industrie ist diese Ablehnung noch stärker ausgeprägt.

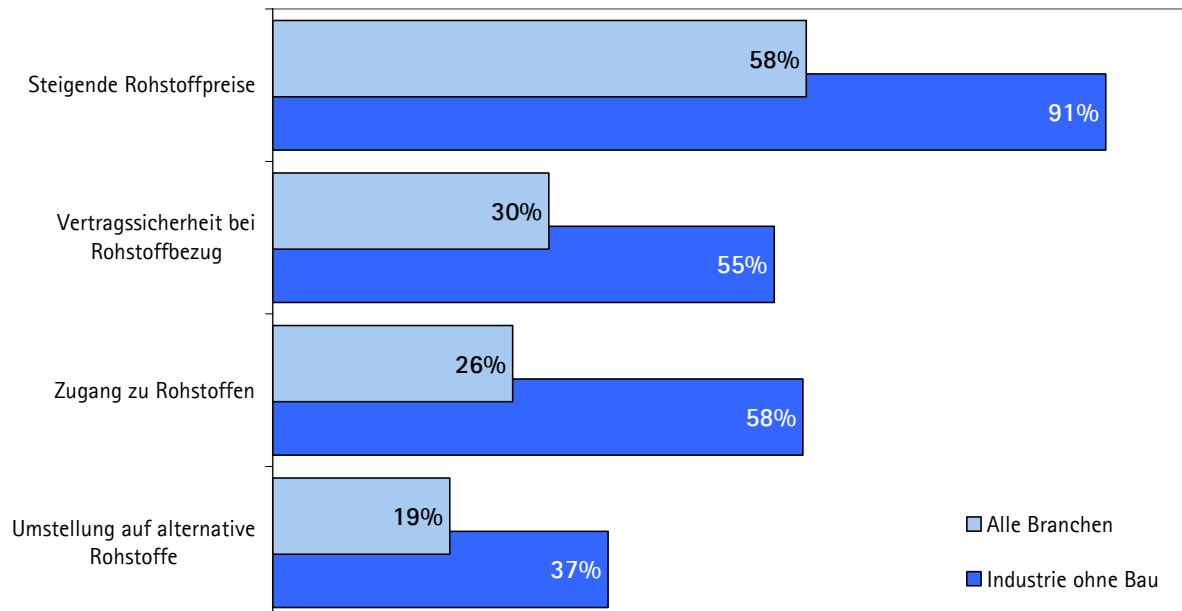
1. Schwierigkeiten bei der Rohstoffversorgung spitzen sich zu

Die Rohstoffversorgung hat für die deutsche Wirtschaft höchste Priorität. Vor allem die Produktion in Industrie und Bauwirtschaft ist material- und energieintensiv. Wegen ihres breiten Branchenspektrums benötigt das Verarbeitende Gewerbe zudem Importe einer großen Anzahl verschiedener Rohstoffe. Daher ist die Industrie besonders sensibel für Preissteigerungen und Störungen bei der Versorgung mit Energie- und Industrierohstoffen. Den aktuellen Preisanstieg für Agrarrohstoffe spürt hingegen das Ernährungsgewerbe in zunehmendem Maße. Im Dienstleistungssektor fürchtet insbesondere das Verkehrsgewerbe steigende Mineralölpreise.

- Die Schwierigkeiten bei der Rohstoffversorgung spitzen sich für die Unternehmen zu: Fast 60 Prozent der Industrieunternehmen haben derzeit große Schwierigkeiten, an die benötigten Rohstoffe zu gelangen. So setzen beispielsweise rohstoffreiche Schwellen- und Entwicklungsländer in strategischer Weise Handels- und Wettbewerbshemmnisse ein, auch um eigenen rohstoffintensiven Branchen eine vorteilhafte Marktposition zu sichern. Sie beschränken damit die Ausfuhr knapper Rohstoffe – und treiben den Weltmarktpreis nach oben. Weitere Ursachen für die Verknappung sind teilweise schlechte Ernten bei regenerativen Rohstoffen, die seit 2009 wieder sichtlich belebte Weltkonjunktur sowie der generell steigende Ressourcen hunger schnell wachsender Schwellenländer. Die Angebotsseite an Rohstoffen verknappt sich zunehmend, eine Rohstoffklemme wird befürchtet.

Wie beurteilen Sie in Ihrem Unternehmen die Problemlage in den nachfolgenden Bereichen?

(Antwort - mehr Probleme als bisher)



- Angesichts dieser Entwicklung sehen sich 91 Prozent der Industrieunternehmen mit steigenden Rohstoffpreisen konfrontiert (Gesamtwirtschaft: 58 Prozent). Die Gefahren, die von steigenden Einkaufspreisen für die deutschen Unternehmen ausgehen, sind insbesondere höhere Produktionskosten und die damit verbundenen Absatzprobleme. Das gilt insbesondere dann, wenn es sich um Binnenbranchen handelt und es angesichts des äußerst preisbewussten deutschen Konsumenten kaum Überwälzungsspielräume gibt, wie z. B. im Ernährungsgewerbe. Gleiches gilt, wenn internationale Wettbewerber über einen besseren und günstigeren Zugang zu Rohstoffen und Energieträgern verfügen, wie z. B. bei der Chemie oder bei den Metallherzeugern. Von diesen Preissteigerungen sind insbesondere auch Zukunftstechnologien betroffen: Beispielsweise hat sich der Preis einer Tonne Kupfer – Bestandteil zahlreicher Elektromotoren oder auch von RFID-Chips – seit 2009 fast verdreifacht.
- Das Problem der Rohstoffpreissteigerung und -verknappung zeigt sich auch an anderer Stelle: 60 Prozent der Bauunternehmen und über die Hälfte der Industrieunternehmen haben mittlerweile Probleme mit der Vertragssicherheit beim Rohstoffbezug. Um eine ausreichende Versorgung mit Rohstoffen sicherzustellen, setzen die Unternehmen bislang zumeist auf längerfristige Lieferverträge. Rohstoffanbieter bemühen sich derzeit aber, Verträge nicht mehr über Jahre hinweg, sondern angesichts der Preissprünge für kürzere Zeiträume abzuschließen. Die Planungssicherheit in den Unternehmen nimmt hiermit allerdings ab: Es kommt zu schwer kalkulierbaren zusätzlichen Kosten.
- Angesichts der Preissteigerungen rücken Überlegungen zur Umstellung auf alternative Rohstoffe in den Vordergrund. In der Gesamtwirtschaft hat jedoch jedes fünfte Unternehmen Probleme, auf alternative Rohstoffe umzustellen. Oftmals gibt es noch keinen Ersatz für die derzeit verwendeten Rohstoffe. Bei der Industrie sind es sogar 37 % der Betriebe, die große Schwierigkeiten haben, auf alternative Rohstoffe umzustellen. Die Verwendung alternativer Materialien ist zumeist nicht von heute auf morgen möglich; deren Eigenschaften bei Produktion und Verwendung müssen z.B. erst in der Praxis erprobt werden. Ferner sind auch die Alternativrohstoffe zumeist Preissteigerungen sowie den aktuellen Verknappungen ausgesetzt.

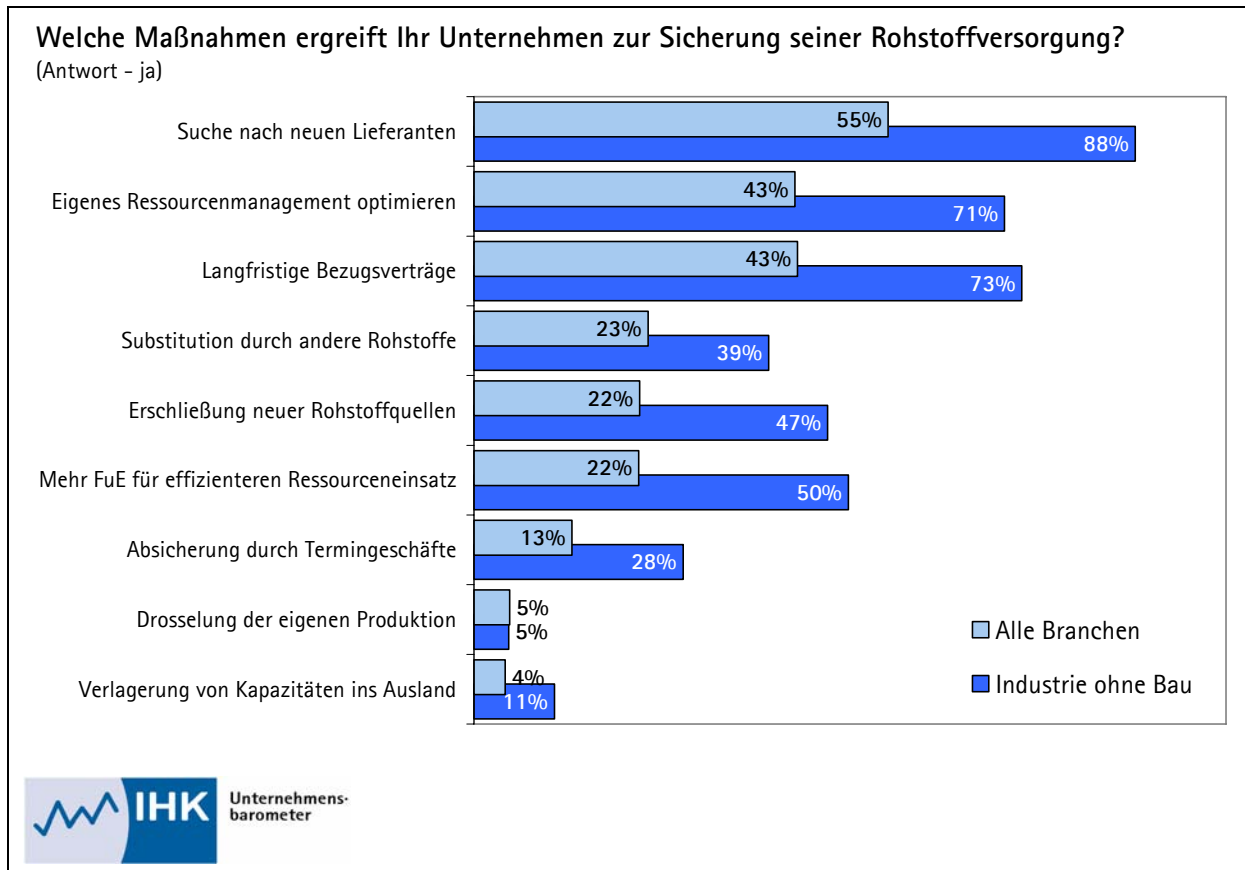
2. Der Handlungsdruck bei den Unternehmen steigt

Das Rohstoffproblem erzeugt einen hohen Handlungsdruck in der deutschen Wirtschaft. Insbesondere die Industrieunternehmen setzen alle Hebel in Bewegung, um ihre Rohstoffversorgung abzusichern. Dabei fahren sie zweigleisig. Betriebsintern prüfen sie intensiv ihr Ressourcenmanagement, den effizienten Ressourceneinsatz sowie Substitutionsmöglichkeiten durch andere Rohstoffe. Gleichzeitig suchen sie nach neuen Lieferanten und Rohstoffquellen, versuchen längerfristig angelegte Bezugsverträge einzugehen und sich mit Termingeschäften abzusichern. Selbst Produktionsverlagerungen werden derzeit aus Gründen eines besseren lokalen Rohstoffzugangs in Betracht gezogen. Überlegungen zur Produktionsdrosselung spielen hingegen bislang kaum eine Rolle.

- Aktiv suchen neun von zehn Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes nach neuen Lieferanten, die ihnen die Rohstoffe in ausreichender Menge und zu vernünftigen Preisen zur

Verfügung stellen (Gesamtwirtschaft: 55 Prozent). Gleichzeitig versucht fast die Hälfte der Industrieunternehmen, neue Rohstoffquellen im In- und Ausland zu erschließen.

- Neben der Suche nach neuen Lieferanten versuchen die Industrieunternehmen vornehmlich langfristige Bezugsverträge abzuschließen. In diesem Zusammenhang werden von einigen Unternehmen beispielsweise privatwirtschaftlich organisierte Einkaufskooperationen diskutiert, die eine bessere Verhandlungsposition beim Rohstoffwerb aufbauen können. Die Absicherung der Rohstoffversorgung über Termingeschäfte ist immerhin für fast jedes dritte Industrieunternehmen von Relevanz. Bei strategischen Überlegungen zur Rohstoffsicherheit müssen deshalb die Absicherungsmöglichkeiten der Unternehmen gegen Rohstoffpreisausschläge – wie zum Beispiel Derivate, mit denen man sich am Finanzmarkt einen bestimmten Rohstoffpreis auf Termin sichern kann – besonders berücksichtigt werden. Angesichts einer strengeren Finanzmarktregulierung haben viele Unternehmen die Sorge, dass diese Möglichkeiten eingeschränkt werden könnten. Insgesamt helfen Termingeschäfte bei der Absicherung gegen Preisschwankungen – aber nicht gegen einen generellen Preissteigerungstrend.



- Über 70 Prozent der Industrieunternehmen nehmen ihr Ressourcenmanagement derzeit unter die Lupe und suchen nach Ressourceneffizienz – und zwar von der Beschaffung bis zum Absatz. Dabei sind es vornehmlich die mittleren und großen Unternehmen, die sich intensiv damit beschäftigen, wie sie Material- und Energiekosten einsparen können. Kleinere Unter-

nehmen verfügen hingegen nicht über die erforderlichen Managementkapazitäten in diesem Bereich.

- Zu einem besseren Ressourcenmanagement gehört auch die Frage, wo ein effizienterer Ressourceneinsatz überhaupt möglich ist. Die Hälfte der Industrieunternehmen will daher verstärkt Forschung und Entwicklung (FuE) betreiben, um den Ressourceneinsatz im Unternehmen zu verbessern. Ausgaben für FuE werden dabei sowohl für Produkte als auch für Verfahren getätigt. Außerdem suchen fast 40 Prozent der Industrieunternehmen gegenwärtig nach Substituten für ihre Rohstoffe. Die Suche nach neuen Produkten und Ressourcen sowie die Umstellung auf neue Verfahren sind i. d. R. aber langwierig und kostenintensiv. Auch wenn sich die Anstrengungen für die Unternehmen perspektivisch durch einen geringeren Energieverbrauch, geringere Entsorgungskosten sowie eine höhere Wettbewerbsfähigkeit auszahlen – das drängende Problem hoher Rohstoffbezugskosten lässt sich aktuell damit nur schwerlich lösen.
- Eine andere Möglichkeit sehen Unternehmen in ausländischen Standorten: Immerhin jeder neunte Industriebetrieb plant Kapazitäten ins Ausland zu verlagern, um seinen Rohstoffbedarf zu decken. Damit ist die Rohstoffproblematik ein aktuell wichtiger Faktor bei den Auslandsinvestitionen.¹ Durch ihr Engagement im Ausland versuchen Unternehmen aber nicht nur ihren Rohstoffzugang zu verbessern, sondern sich auch von Exportbeschränkungen und Wechselkursschwankungen unabhängiger zu machen.

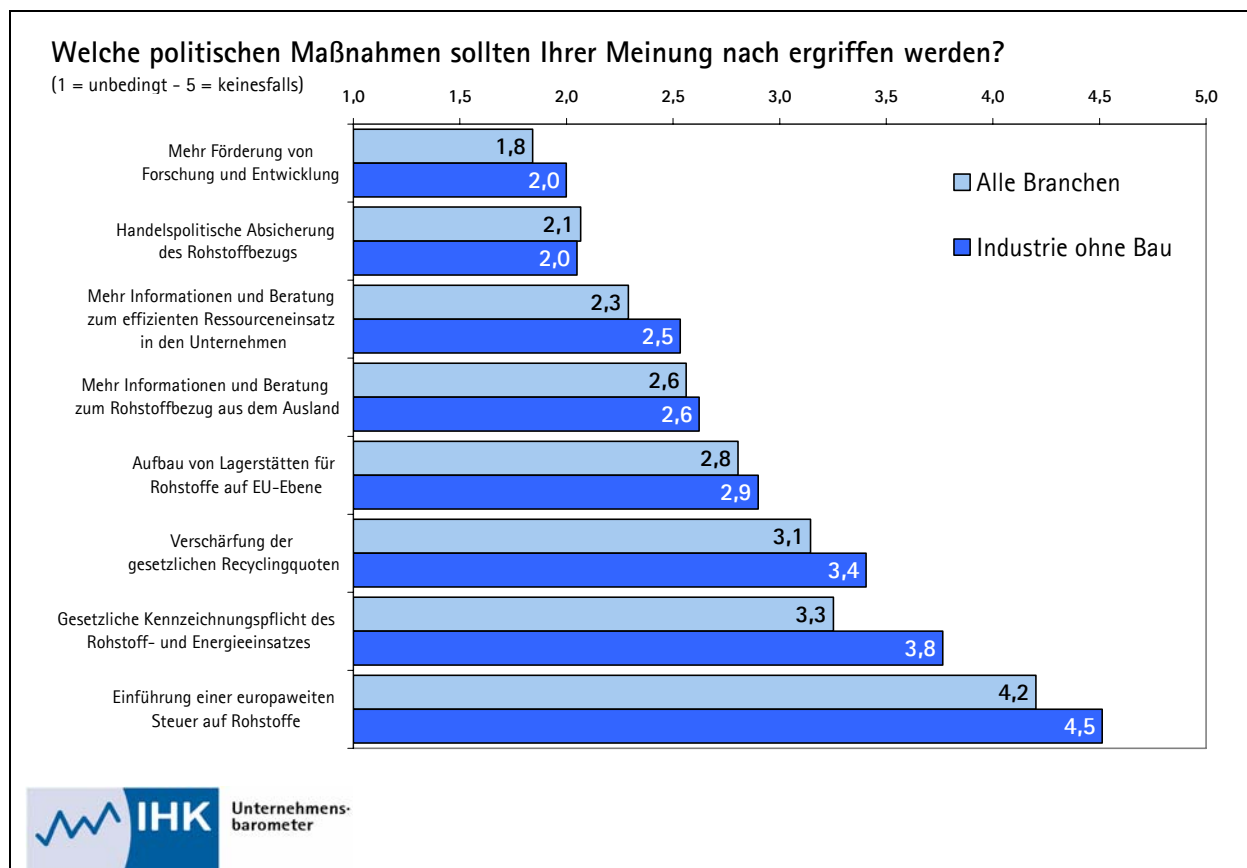
3. Politik: Handelspolitische Absicherung sowie Forschung und Entwicklung nötig

Die Unternehmen brauchen von politischer Seite flankierende Maßnahmen in der Rohstoffpolitik. Die Politik sollte sich dabei hauptsächlich auf zwei Felder konzentrieren: die handelspolitische Absicherung des Rohstoffbezugs sowie die Unterstützung von Forschung und Entwicklung im Rohstoffbereich. Beide Bereiche sieht die Gesamtwirtschaft als prioritär an.

- Die Unternehmen sehen in „mehr Förderung von Forschung und Entwicklung“ ein probates Mittel seitens der Politik, um perspektivisch mit dem Problem steigender Rohstoffpreise umgehen zu können (Durchschnittsnote: 1,8). In der Industrie sind es ebenfalls viele Unternehmen, die eine verstärkte Förderung von FuE seitens der Politik für besonders notwendig erachten (Durchschnittsnote: 2,0). Hier halten 38 Prozent ein solches stärkeres Engagement für unbedingt notwendig (Note: 1) und immerhin 34 Prozent für notwendig (Note: 2). Mehr FuE-Förderung kann dabei z. B. der Ausbau der Grundlagenforschung an Universitäten und Forschungseinrichtungen sein, oder aber die verstärkte Unterstützung von Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sowie von Unternehmen untereinander.
- Vielversprechend sind die Bestrebungen der Bundesregierung, die rohstoffbezogene FuE durch die Gründung eines neuen Forschungsinstitutes für Ressourcentechnologie in der

¹ Der Anteil an Industrieunternehmen, die im Ausland investieren wollen, liegt DIHK-Umfragen zufolge bei circa 40 Prozent. Bezogen auf diesen Wert würde also mehr als jedes vierte auslandsinvestitionsbereite Unternehmen wegen hoher Rohstoffpreise bzw. eines schlechten -zugangs den Weg ins Ausland antreten. Vgl. DIHK, Umfrage Auslandsinvestitionen, Berlin 2010.

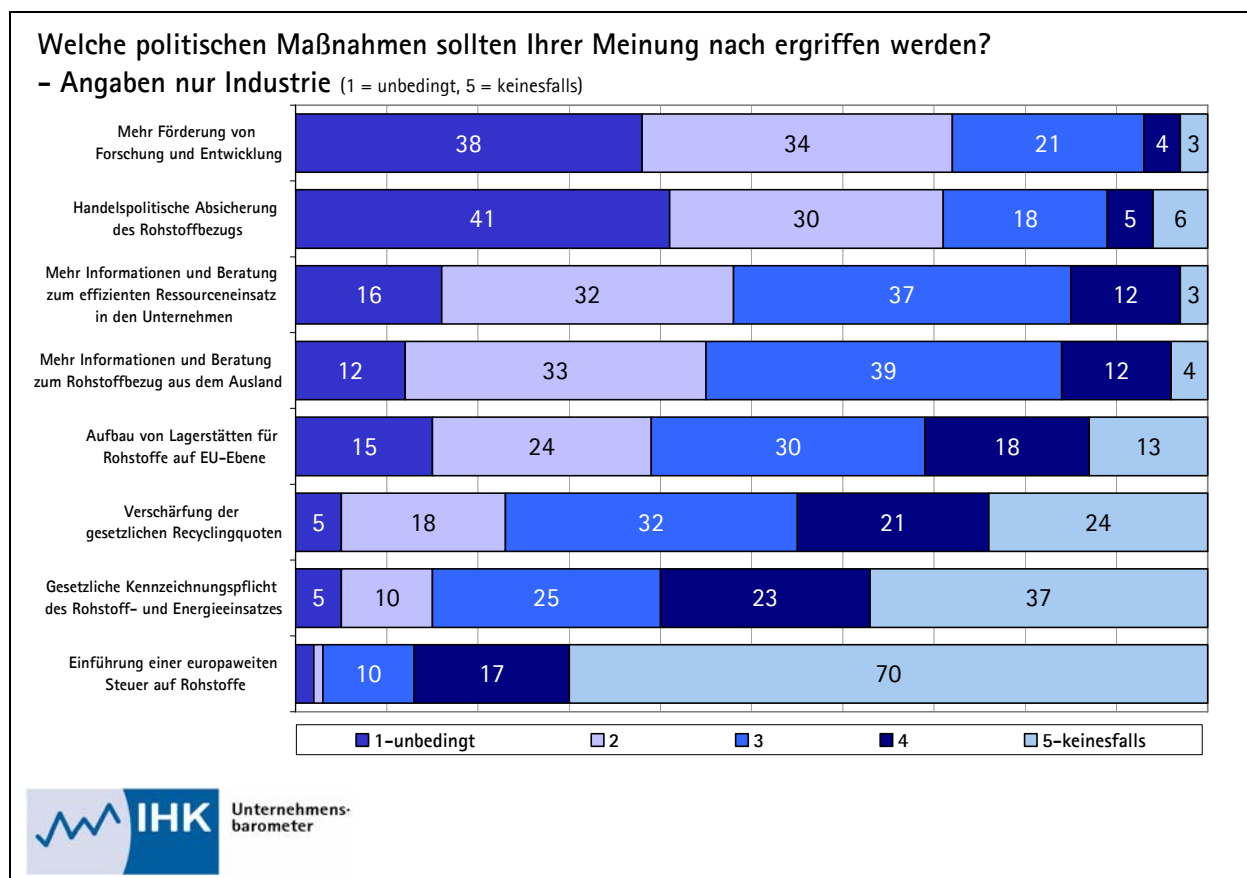
Helmholtz-Gemeinschaft zu unterstützen. Das Betätigungsfeld im Bereich FuE ist groß: Neben der Entwicklung neuer Technologien für die Automatisierung bei der Gewinnung und Aufbereitung und von innovativen Sicherheitstechnologien für extreme Abbaubedingungen geht es vor allem um die Substitutenfindung. Aber auch neuartige Beschaffungsmethoden (Stichwort: Explorationsforschung) in Zusammenarbeit mit den geologischen Behörden rohstoffreicher Länder zählen dazu. Ergänzend zu den Aktivitäten auf nationaler Ebene, die den jeweiligen wirtschaftlichen oder geographischen Rahmenbedingungen Rechnung tragen, kann auch ein grenzüberschreitend abgestimmtes Handeln auf europäischer Ebene sinnvoll sein. Im zukünftigen EU-Forschungsrahmen-programm sollte deshalb die Rohstoffgewinnung und -versorgung stärker berücksichtigt werden.



- Die Gesamtwirtschaft gibt der handelspolitischen Absicherung mit der Note 2,1 die zweithöchste Priorität. 71 Prozent der Industrieunternehmen (Note 1: 41 Prozent, Note 2: 30 Prozent) fordern von der Politik eine stärkere handelspolitische Unterstützung für den Rohstoffbezug. Aus Sicht der deutschen Wirtschaft sind europäische und internationale Rohstoffabkommen mit transparenten Regelungen für die Export- und Importländer von Rohstoffen unabdingbar. Dem Thema Rohstoffsicherung muss in der allgemeinen Handelspolitik ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Bisher ist es die Ausnahme, dass die Rohstoffsicherung Bestandteil von Handelsvereinbarungen ist. Auf multilateraler Ebene muss die Verbesserung der WTO-Handelsregeln oben auf der Agenda stehen. Weltweit gibt es mehr als 450 Exportbeschränkungen auf 400 Rohstoffe. Die WTO sollte vor diesem Hintergrund Exportzöl-

le und -steuern sowie wettbewerbsbeschränkende Subventionen verbieten (z. B. Dual Pricing) und auf die Einhaltung der Regeln achten. Auf bilateraler Ebene müssen Marktzu- gangserleichterungen im Rahmen der Verhandlung von Partnerschafts- und Freihandelsab- kommen, der EU-Erweiterung und bei laufenden Regierungskonsultationen adäquate Be- rücksichtigung finden.

- Mehr Informationen und Beratung zum effizienten Ressourceneinsatz in den Betrieben hal- ten 48 Prozent der Industrieunternehmen für unabdingbar (Note 1: 16 Prozent, Note 2: 32 Prozent). Ebenso wie die Gesamtwirtschaft erhält im Verarbeitenden Gewerbe das Hand- lungsfeld „Mehr Information und Beratung“ die dritthöchste Priorität (Gesamtwirtschaft: 2,3; Industrie: 2,5). Auch wenn die Unternehmen in eigener Verantwortung selbst eine effi- zientere Ressourcennutzung anstreben, benötigt die Wirtschaft eine stärkere externe Unter- stützung. Im Vergleich der Unternehmensgrößenklassen haben kleine und mittelständische Unternehmen den größten Informations- und Beratungsbedarf (Durchschnittsnote: 2,1) – und zwar vornehmlich hinsichtlich zukünftiger Rohstoffengpässe oder Effizienzpotentiale bei den Produkten und der Herstellung. Eine wichtige Basis zur Deckung dieses Beratungsbe- darfs bietet die Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation von Bundes- regierung und IHK-Organisation. Mit einer Informations- und Qualifizierungskampagne be- kommen Unternehmen Anregungen für den Aufbau eines systematischen Energie- und Res- sourceeffizienzmanagements.



- Fast die Hälfte der Industrieunternehmen (Note 1 und 2) hält von Seiten der Politik mehr Informationen und Beratung zum Rohstoffbezug aus dem Ausland für notwendig. Die von der Bundesregierung gegründete Rohstoffagentur kann diesem Bedarf Rechnung tragen. Die Rohstoffagentur sollte sich aber darauf beschränken, zu informieren und zu beraten. Eine solche Institution darf aber nicht zu einer Rohstoffzuteilungs- oder gar -planungsbehörde werden. Denn nur die Unternehmen wissen letztlich, wie viele und welche Rohstoffe sie zur Produktion benötigen.
- Für den Aufbau von Rohstofflagerstätten auf EU-Ebene votiert hingegen nur ein kleinerer Teil der Wirtschaft: 15 Prozent der Industrieunternehmen fordern eine solche Maßnahme unbedingt, 24 Prozent sehen sie als notwendig an. Der größere Teil der Industriebetriebe ist indifferent bzw. lehnt eine zentral organisierte Bereitstellung, Lagerung und Verteilung von Rohstoffen ab. Dahinter steht die Befürchtung, dass eine europäische Institution, wie die Europäische Kommission, nicht die Kompetenz haben dürfte, z.B. den Magnesiumbedarf der europäischen Unternehmen zu planen, den Graphitverbrauch zuzuteilen oder den Preis für Kobalt festzulegen. Ihr obliegt ebenfalls nicht, Missstände in der Bevorratung anderer Mitgliedstaaten auszugleichen. Zudem wäre das Risiko eines angepassten, sorglosen Verhaltens seitens der Mitgliedsländer auf Kosten anderer groß. Man verlasse sich auf die Zentralbehörde.
- Schärfere gesetzliche Regelungen, die in Produktion, Produkte und Märkte eingreifen, sehen die Unternehmen im Durchschnitt noch kritischer. Dies belegen die skeptischen Umfragewerte zu den beiden Maßnahmen „Verschärfung der gesetzlichen Recyclingquoten“ (Durchschnittsnote: 3,1) und „Gesetzliche Kennzeichnungspflicht des Rohstoff- und Energieeinsatzes“ (Durchschnittsnote: 3,3) deutlich. In der Industrie ist die Ablehnung noch stärker ausgeprägt (Durchschnittsnote: 3,4 respektive 3,8).
- 45 Prozent der Industrieunternehmen (Note 4 und 5) halten analog dazu die Verschärfung der gesetzlichen Recyclingquoten für das falsche Instrument. Die Betriebe befürchten hohe Bürokratiekosten für den Nachweis der Erfüllung dieser Quoten sowie Zusatzkosten, wenn die aus der Verwertung erzielten Wertstofflöse unterhalb der Aufarbeitungskosten liegen. Insofern beschreitet das Bundesumweltministerium aus Unternehmenssicht einen falschen Weg, im neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz höhere Recyclingquoten als europaweit vorgegeben gesetzlich festzuschreiben.
- 60 Prozent der Industrieunternehmen (Note 4 und 5) schätzen eine gesetzliche Kennzeichnungspflicht des Rohstoff- und Energieeinsatzes kritisch ein, um das Problem der Rohstoffknappheit zu lösen. Eine Kennzeichnung kann zwar die Transparenz über die Eigenschaften eines Produktes für Verbraucher erhöhen. Ob der Verbraucher allerdings bereit ist, für das dann als ressourceneffizient ausgewiesene Produkt einen möglicherweise höheren Preis zu akzeptieren, ist fraglich. Eine Ausnahme bildet der Energieverbrauch beim Betrieb eines Produkts wie etwa eines Kühlschranks; hier zahlt der Konsument den Verbrauch aus der eigenen Tasche. Außerdem erscheinen freiwillige Kennzeichnungen – die die Unternehmen im Bereich des Produktmarketing vornehmen – als Beitrag zur Transparenz ausreichend. Eingriffe in die Produktgestaltung, wie zum Beispiel durch die sogenannte Ökodesign-Richtlinie, er-

scheinen hingegen ungeeignet: Es besteht die Gefahr, dass die Balance zwischen Belastung der Unternehmen und Verbesserung der Ressourceneffizienz nicht gewahrt wird.

- Die Einführung einer europaweiten Steuer auf Rohstoffe lehnt die deutsche Wirtschaft ab (Durchschnittsnote: 4,2). In der Industrie sind es 87 Prozent der Unternehmen, die von einer solchen Maßnahme abraten (Note 4: 17 Prozent, Note 5: 70 Prozent). Die EU-Rohstoffsteuer wäre eine EU-Steuer durch die Hintertür, die Unternehmen, Kunden und damit die Wettbewerbsfähigkeit Europas belasten würde. Diese Steuer würde erhebliche zusätzliche finanzielle Risiken für die Unternehmen bedeuten, die auf Rohstoffe angewiesen sind. Noch höhere finanzielle Belastungen der Unternehmen wären die Folge. Immer knapper werdende Ressourcen und steigende Preise zwingen die Betriebe ohnehin, Rohstoffe effizient zu nutzen. Die Unternehmen wissen am Besten, wo sie auf Rohstoffe verzichten und Ersatzstoffe einsetzen können.